

Dringlichkeitsantrag: Humanität und Ordnung: für eine anpackende, pragmatische und menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Yvonne Marchewitz (KV Hannover)

Änderungsantrag zu D-02

Von Zeile 90 bis 94:

~~Wir wollen Integration vorantreiben und Perspektiven für Geflüchtete schaffen, damit sie Teil unserer Gesellschaft werden. Gute Integrations- und Sprachkurse sorgen dafür, dass Menschen sich schnell einleben und ihren Alltag bewältigen können. Dafür müssen die Kurse von Anfang an verfügbar sein, flächendeckend ausgebaut und zuverlässig finanziert werden.~~ Wir wollen Teilhabe durch gute Integrations- und Berufssprachkurse ermöglichen und damit Perspektiven für Geflüchtete schaffen, Teil unserer Gesellschaft zu werden. Dank der Initiative unserer Bundestagsfraktion dürfen ab dem 1. Januar 2023 alle Menschen, die einen Asylantrag stellen, einen Integrationskurs ab dem 1. Tag besuchen. Dafür müssen Integrationskurse und später aufbauende Berufssprachkurse von Anfang an zur Verfügung stehen und niedrigschwellig die Teilnahme möglich sein. Das ist nur mit einer deutlichen Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Deutsch als Zweitsprache-Dozent*innen möglich. Die augenblickliche Realität ist, dass gut ausgebildete Lehrkräfte aufgrund der prekären Arbeitsbedingungen ihren Beruf verlassen. Von den etwa 60.000 vom BAMF zugelassenen Lehrkräften in Integrations- und Berufssprachkursen arbeiten nur noch rund 18.000 in diesen. Die Reaktion des BAMF, die Qualifikationsanforderungen für Lehrkräfte weiter herabzusetzen, ist ein Grund: Die Asylbewerber*innen lernen die Sprache später, schlechter, können nur verspätet auf dem Arbeitsmarkt integriert werden.

Wir wollen deshalb erreichen, dass nur tariflich entlohnte festangestellte Lehrkräfte mit einer festzulegenden Höchstunterrichtsstundenzahl pro Woche in Integrations- und Berufssprachkursen eingesetzt werden. Eine bessere finanzielle Ausstattung des Sprachkursträgers muss gewährleistet sein. Wir nehmen die besonderen Anforderungen etwa an Integrationskurse mit Kinderbetreuung in den

Begründung

Verzögern wir die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für DaZ-Dozent*innen, verzögern wir die dringend notwendige Arbeitsmarktintegration Geflüchteter, die Teilhabe ermöglicht.

weitere Antragsteller*innen

Angela Büttner (KV München); Tomasz Lachmann (KV Hannover); Sabine Yüdem (KV Remscheid); Klaudia Maria Hanisch (KV Göttingen); Monika Amann (KV Ravensburg); Adrian Amann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Christine Jochem (KV Hannover); Beate Müller-Gemmeke (KV

Reutlingen); Sandra Smolka (KV Freising); Jan Walther (KV Erfurt); Annelie Strosing (KV Mülheim); Miranouk Schleier (KV Bamberg-Stadt); Simon Dylla (KV Wiesbaden); Marcus Schmitt (KV Main-Taunus); Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Arne Lorenz Gellrich (KV Osterholz); Siegfried Heim (KV Ulm); Cim Kartal (KV Bielefeld); Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); sowie 31 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.